

Marianne Demmer
Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
02.04.2006

ALLE MITNEHMEN – KEINE/N ZURÜCKKLASSEN – NIEMANDEN AUSGRENZEN

GEW-Positionen zu Integration, Chancengleichheit, interkultureller Bildung und Prävention
Übersichten und Tabellen befinden sich in einer gesonderten Powerpoint-Datei

1. Der öffentliche Hilferuf der Rütli-Hauptschule in Berlin ist die Spitze eines Eisbergs. Nur noch ca. 22 Prozent eines Schülerjahrgangs besuchen durchschnittlich in Deutschland eine Hauptschule. Die Spannweite reicht von 39 Prozent in Bayern bis 11 Prozent in Berlin. Bereits vor 10 Jahren hat ein großer Teil der Berliner Hauptschulleiter/innen gefordert, den Hauptschulzweig aufzulösen. Allen ist klar, dass perspektivlose Jugendliche schwer zu motivieren sind, Schule als einen Lern- und Lebensort zu akzeptieren.

In unserem hierarchisch gegliederten Schulsystem konzentrieren sich in den Hauptschulen und an den Sonderschulen für Lernbehinderte Jugendliche mit vielfältigen und sehr unterschiedlichen Problemen. Die Behauptung konservativer Bildungspolitikern, wenn man diese Problem beladenen Jugendlichen in eigenen Schulen und Klassen zusammenfasse, könnten sie „begabungsgerecht“ gefördert werden, ist wissenschaftlich vielfach widerlegt und kann nur noch als ideologisch verblendet oder zynisch bewertet werden.

Die PISA-Studien haben gezeigt, dass das spezifische Milieu der Haupt- und Sonderschulen für Lernbehinderte zu einer doppelten Benachteiligung der jungen Leute führt. An Hauptschulen geraten sie gegenüber gleich intelligenten Mitschülern mit gleichem sozialen Hintergrund bis zum Ende der Schulzeit um rund eineinhalb Schuljahre in Rückstand. An Sonderschulen ist der Rückstand noch weit größer. Die Gesellschaft nimmt dies bislang in Kauf, um Gymnasien und Realschulen von diesen Jugendlichen zu entlasten und bereits in frühem Alter Lebens- und Berufschancen zuzuteilen. Das traditionelle Schulsystem grenzt systematisch aus und verstärkt damit Resignation und Gewaltbereitschaft in der unteren Hälfte der Gesellschaft.

Die GEW fordert die Überwindung der frühen Selektion. Kinder und Jugendliche sollen wie in anderen Ländern bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell gefördert werden. Der GEW ist bewusst, dass dieser Prozess nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist. Umso wichtiger ist, dass parteienübergreifend endlich eine Verständigung über das Ziel eines integrativen Schulwesens hergestellt und mit der Planung geeigneter Umsetzungsschritte begonnen wird. Die GEW hofft, dass auch Wirtschaft, Wissenschaft und Kirchen ihren Druck auf alle politischen Parteien erhöhen, damit endlich eine sachliche und Ziel führende gesamtgesellschaftliche Debatte zur Weiterentwicklung des Schulwesens beginnen kann.

2. Das deutsche Schulwesen spiegelt und reproduziert eine Klassengesellschaft. An Hauptschulen werden Kinder und Jugendliche aus bildungsarmen Elternhäusern konzentriert. Ca. 45 Prozent der Jugendlichen kommen aus dem unteren Viertel der Sozialschicht, mehr als 75 Prozent aus der unteren Hälfte, während es an Gymnasien im Durchschnitt nur knapp 6 Prozent aus dem unteren Viertel sind (Spannweite zwischen 13 Prozent in Berlin und weniger als 5 Prozent in

Schleswig-Holstein). Über 80 Prozent der SchülerInnen an Gymnasien kommen aus der oberen Hälfte der Sozialschicht.

Ca. 50 Prozent der HauptschülerInnen und nahezu 100 Prozent der SchülerInnen an Sonderschulen für Lernbehinderte zählen nach der Definition der PISA-Forscher zur sog. „Risikogruppe“, deren Kompetenzen als nicht ausreichend für eine qualifizierte berufliche Ausbildung erachtet werden. Mehr als 60 % der Fünfzehnjährigen an Hauptschulen haben in ihrer bisherigen Schulkarriere mindestens einen schulischen Misserfolg erlebt (Zurückstellung vom Schulbesuch, Klassenwiederholung, Abstieg aus einer höheren Schulform). Dass sich in diesen Schulen Frustration, Resignation, negative Haltungen und Einflüsse gegenseitig verstärken, liegt auf der Hand.

Im bundesdeutschen Durchschnitt besuchen ungefähr 40 Prozent der SchülerInnen ohne deutschen Pass eine Hauptschule, aber nur ca. 16 Prozent der deutschen. Diese Durchschnittswerte stellen sich von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich dar und variieren zwischen Stadt und Land. Es gibt Hauptschulen, in denen so gut wie keine deutschsprachigen Kinder zu finden sind, so dass ein Erlernen der deutschen Sprache und eine Integration in die deutsche Gesellschaft auf größte Hindernisse stößt.

Die GEW fordert eine Stadt- und Schulnetzplanung, die Ghettoisierung vorbeugt und auf eine angemessene soziale und sprachliche Mischung achtet. Auf keinen Fall darf die Schulnetzplanung stadtplanerische Fehlentwicklungen noch verstärken. Schulen sind diejenigen Orte, an denen in staatlicher Verantwortung eine gezielte Integrationspolitik möglich ist, die die gesamte junge Generation erfasst. Es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um die Integration des (bildungs-)armen Teils der Bevölkerung, gleichgültig ob deutscher oder nicht deutscher Herkunft.

3. Deutschland muss umdenken: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Integration ist ein Prozess auf Gegenseitigkeit. Nicht nur Migranten müssen integrationsbereit sein. Auch die deutsche Bevölkerung muss bereit sein, ihren neuen Mitbürgern mit Respekt zu begegnen und sie willkommen zu heißen. Konservative Politiker verwechseln vielfach Integration und Assimilation. In bornierter Überschätzung einer vermeintlichen „deutschen Leitkultur“ wollen sie Assimilation erzwingen und erwarten von der Migrationsbevölkerung die Aufgabe ihrer Kultur. Assimilation kann jedoch nur freiwillig erfolgen. Erzwungene Assimilation ist integrationsfeindlich. Sie wird als Unterwerfungsversuch und als Feindseligkeit erlebt. Sie ist nicht Ziel führend und erreicht eher das Gegenteil.

Integration setzt voraus, dass nicht nur Migranten die deutsche Sprache erlernen und sich mit der deutschen Kultur beschäftigen, sondern dass sich auch deutsche Behörden, Schulen, Universitäten, die Wirtschaft sowie zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Sprache und Kultur der Migranten öffnen. In einer globalisierten Wirtschaft und angesichts immer stärkerer Europäisierung und Internationalisierung aller Lebensverhältnisse muss Deutschland den Wert kultureller und sprachlicher Vielfalt für die eigene Entwicklung erkennen und pflegen.

Die GEW fordert interkulturelle Bildung und Erziehung von Anfang an. Der Besuch der Kitas muss gebührenfrei sein, um alle Kinder zu erreichen. Interkulturelle Bildung muss Bestandteil jeder Pädagogenausbildung sein und für die Ausbildung der ErzieherInnen in Kitas ebenso gelten wie für LehrerInnen aller Schulstufen und -formen und ihrer Ausbilder. Die Sprachen der Migranten müssen ordentliches Unterrichtsfach werden. PädagogInnen sollen Anreize erhalten, Sprachen der Migranten zu erlernen. An jeder Bildungseinrichtung sollte mindestens ein Pädagoge oder eine Pädagogin mit Migrationshintergrund be-

schäftigt sein. Dolmetscher müssen Bildungseinrichtungen jederzeit zur Verfügung stehen. Die Kontakte zwischen Bildungseinrichtungen und den Organisationen der Migrant*innenbevölkerung müssen intensiviert und durch zusätzliche personelle Ressourcen verstetigt werden.

4. Das Erlernen der deutschen Sprache ist wichtig für das Berufsleben, für die Teilhabe an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Ungenügende Deutschkenntnisse dürfen jedoch nicht zur Ausgrenzung benutzt werden. Spracherwerb ist ein kontinuierlicher Prozess. Die GEW wendet sich deshalb scharf gegen reaktionäre Bestrebungen, die Zulassung zum Schulbesuch von einem bestandenen Sprachtest abhängig zu machen. Dies verstößt gegen das Recht auf Bildung und das Diskriminierungsverbot wie es im Grundgesetz und in internationalen Abkommen niedergelegt ist.

Kontinuierliche Sprachförderung ist im Rahmen interkultureller Bildung eine wichtige Aufgabe während des gesamten Bildungsprozesses. Sie muss auch deutschsprachige Kinder einbeziehen. Eltern spracharmer Kinder sollen am Spracherwerbsprozess ihrer Kinder durch vielfältige Angebote teilhaben können. Sprachliche Förderung muss bereits frühzeitig in den Kitas beginnen, was entsprechend ausgebildete ErzieherInnen voraus setzt.

5. Bildungseinrichtungen mit besonderen Problemen brauchen besondere Unterstützung. Jedem Schulaufsichtsbeamten zum Beispiel sind die Problemschulen seines Bezirks bekannt. Wenn Schulen nur noch unter Polizeischutz Sicherheit bieten können, ist das ein Hinweis für das Versagen eines gesamten Systems. Wenn einem Innenminister Schäuble nur noch der Ruf nach „hartem Durchgreifen“ und Polizeieinsatz einfällt, zeigt sich darin die Kapitulation der politischen Klasse vor den Problemen, die sie selbst erzeugt. Die originäre Aufgabe von Politik und staatlicher Aufsicht muss es sein, dafür zu sorgen, dass das „Recht auf Bildung auf der Grundlage von Chancengleichheit“ wie es in der von Deutschland unterzeichneten Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen heißt, in jeder Bildungseinrichtung verwirklicht werden kann. Das eklatante Versagen der Schulaufsicht und der politischen Führung wie z.B. im Falle der Rütli-Schule ist nicht hinnehmbar.

Die GEW will Schulen als Orte des vertrauensvollen Zusammenlebens und –lernens und keinen Lernknast. Der Einsatz von Polizei muss die absolute Ausnahme bleiben und darf nicht – wie in manchen Schulen der USA – zum schulischen Alltag gehören. Die GEW verlangt stattdessen die enge präventive Zusammenarbeit zwischen Schulaufsicht und Jugendhilfe. Schulsozialarbeit gehört an jede Schule. SchulpsychologInnen müssen jederzeit erreichbar sein. Die jungen Menschen müssen in sinnvollen Projekten die Möglichkeit haben, aktiv in Konflikt- und Gewaltprävention zu werden, ihre Interessenschwerpunkte zu finden und die eigenen Fähigkeiten und Kräfte zu erproben. Die staatlichen Stellen sind aufgefordert, für Problemschulen gemeinsam mit Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften und Kulturschaffenden, ein soziales Netz zu knüpfen.

6. Lehrkräfte mit besonders schwierigen Aufgaben brauchen besondere Kompetenzen und Qualifikationen sowie besondere gesellschaftliche Anerkennung. Gerade Lehrerinnen und Lehrer an Haupt- und Sonderschulen für Lernbehinderte fühlen sich allzu oft allein gelassen und überfordert. Viele von Politik und Gesellschaft erzeugte Probleme werden den Lehrkräften aufgebürdet, ohne ihnen die Mittel und Möglichkeiten an die Hand zu geben, sie zu bearbeiten. Die demotivierende Jugendarbeitslosigkeit zum Beispiel können Lehrkräfte ebenso

demotivierende Jugendarbeitslosigkeit zum Beispiel können Lehrkräfte ebenso wenig beseitigen wie sie das Problem resignierter und überforderter Eltern lösen können. Gerade Lehrkräfte in den hoch belasteten Schulen leiden zudem an ihrer vergleichsweise hohen Unterrichtsverpflichtung sowie an dem Umstand, dass der Lehrernachwuchs die Hauptschulen weitgehend meidet, so dass in vielen Fächern mittlerweile ausgebildete Lehrkräfte fehlen.

Für Lehrkräfte mit besonders schwierigen Aufgaben verlangt die GEW die besondere Fürsorge des Arbeitgebers. Es kommt einem Skandal gleich, dass Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen in vielen Bundesländern eine höhere Unterrichtsverpflichtung und eine sehr viel geringere Bezahlung als Lehrkräfte an Gymnasien haben. Zur Fürsorge des Arbeitgebers gehört:

- a. eine aufgabengerechte Aus- und Fortbildung, die den besonderen Anforderungen leistungs- und ethnisch gemischter Lerngruppen entspricht
- b. Kenntnisse in Konflikt- und Gewaltprävention
- c. angemessene Arbeits- und Erholungszeiten; aktiver Gesundheitsschutz
- d. Teambesprechung, kollegiale Fallberatung, Supervision als Teil der Arbeitszeit
- e. eine Bezahlung, die den besonderen Anforderungen Rechnung trägt

7. Unsicherheit macht aggressiv und resignativ. Die Aussicht auf ein selbst bestimmtes und selbst verantwortetes Leben mit einer befriedigenden beruflichen Tätigkeit ist der beste Schutz vor Gewalt, Resignation, Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Eines der größten Probleme ist, dass SchülerInnen mit schulischen Misserfolgen häufig keinen beruflichen Ausbildungsplatz finden, in schulischen Warteschleifen ihre Berufsschulpflicht erfüllen ohne ihre Aussichten zu verbessern und danach zwischen befristeten und prekären Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitslosigkeit pendeln oder in kriminelle Milieus abgleiten. Nur etwas mehr als 60 Prozent der 18 bis 21-Jährigen haben einen betrieblichen Ausbildungsplatz, von den ausländischen Jugendlichen sind es unter 30 Prozent. Deutschlandweit werden für 100 Bewerber durchschnittlich nur ca. 85 Ausbildungsplätze angeboten (Brandenburg ca. 50, Saarland ca. 115). Die Aussicht auf ein ungesichertes Leben führt häufig frühzeitig zu der kurzschlüssigen Meinung, Schule und Anstrengung „bringe doch nichts“. Auch die „zweite Chance“ erreicht diejenigen, die sie besonders brauchen, am seltensten. Weniger als ein Fünftel der Menschen ohne beruflichen Abschluss befinden sich in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, während es bei Hochschulabsolventen über 60 Prozent sind.

Die GEW fordert nicht nur ein Recht auf allgemeine Bildung, sondern auch ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Schülerinnen und Schüler mit besonderen Problemen, sei es auf Grund ihrer sozialen und ethnischen Herkunft oder wegen einer Behinderung, haben einen besonderen Anspruch auf gesellschaftliche Zuwendung und Unterstützung. Wenn im Rahmen der dualen Ausbildung kein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht, muss zunehmend auch die voll qualifizierende Ausbildung in beruflichen Schulen und außerbetrieblichen Lernorten ausgeweitet werden. Zudem brauchen gerade Jugendliche mit erfolglosen Schulkarrieren „eine zweite Chance“.

In den Punkten 1 bis 7 sind Kosten verursachende Forderungen und Vorschläge enthalten. Der Hinweis auf leere Staatskassen ist kein Argument und sollte erst gar nicht bemüht werden. Auch Krokodilstränen und Herumdoktern am System helfen nicht weiter. Wer rechnen kann, investiert rechtzeitig. Die notwendigen Investitionen in alle diese vorsorgenden Maßnahmen sind um ein

Vielfaches geringer als die „Nachsorgekosten“ für Haftanstalten, Psychiatrien und Sozialaufwendungen.